

EU: Steirische Tipps zur Armutsbekämpfung

In der EU leben 80 Millionen armutsgefährdete Menschen. Bei einem Treffen in Brüssel wurde nun nach Lösungen gesucht, um diese Zahl bis 2020 um 20 Millionen zu reduzieren. Mit dabei war auch ein Vertreter aus der Steiermark.

Geladen waren Menschen mit Armutserfahrung aus allen Mitgliedsländern, um Vertretern der Kommission und des Parlaments die Situation in ihrem Land darzustellen.

Arme Menschen haben keine Lobby, und in der Regel hören sie von Politikern, was gegen die Armut getan werden sollte.

Arme Menschen erklären Politik ihre Situation

Anders in Brüssel: Diesmal waren die Politiker die Zuhörer, und Menschen aus ganz Europa die selbst arm sind, waren diejenigen, die berichtet haben.

Wolfgang Schmid aus Graz, selbst langzeitarbeitslos, war einer von ihnen: "Es ist eine kleine Möglichkeit für unsere national organisierten Gruppen, dass man da bis zu einem ganz kleinen Grad, aber immerhin in den EU-politischen Entscheidungsprozess eingebunden ist."

Um gute Lösungen zu finden, muss man erst die Probleme exakt kennen.

Armut hat keine Lobby und keine Struktur

Aber auch der Austausch mit den Vertretern der anderen Staaten sei wichtig, so Schmid: "Auf der anderen Seite lernen wir auch andere Selbstorganisationen kennen, und das ist mindestens genauso wichtig, weil es gibt ja kaum Treffen bei uns, es gibt vor allem auch kaum eine Struktur. Wenn man an andere Interessensvertretungen denkt wie Gewerkschaft oder Wirtschaftskammer, die sind ja organisiert, und die schaffen es bis zu einem gewissen Grad auch, sich europäisch zu organisieren - wir sitzen zu Hause und sind froh, wenn wir uns den Kaffee zahlen können bei unserem wöchentlichen Treffen."

Auswirkungen von Budgetkürzungen

Thema in Brüssel waren auch die Budgetkürzungen und ihre Auswirkungen auf arme Menschen. Besteht hier die Gefahr, dass schnelle Kürzungen ein gewachsenes soziales Netz zerstören und dessen Wiederaufbau auf lange Sicht gesehen die EU mehr kostet als jetzt gespart wird? Dazu sagt der EU-Kommissär für Beschäftigung, Soziales und Integration, Lazlo Andor: "Da gibt es natürlich ein Risiko, weil die meisten Mitgliedsstaaten jetzt Budgetkonsolidierungen durchführen und dieser Prozess einige Jahre dauern wird, aber wir sollten auch nicht annehmen, dass die Regierungen hilflos sind."

Laslo verweist auf die Möglichkeit der Staaten, fair zu kürzen und zusätzlich auf den Europäischen Sozialfonds, einen Topf, aus dem Projekte in ganz Europa finanziert werden. Vorschläge und Kritik der Betroffenen gehen an die Kommission, die diese dann beantwortet.